

Liebe Sonntagsdemonstrationsteilnehmer!

Burkhard Walla, mein Berufskollege, organisiert gemeinsam mit Pfarrer Christian Stranz diese Demonstration als Privatperson. Als Mensch und auch in der Öffentlichkeit stehender Arzt bekunde ich mit Überzeugung meine Solidarität mit der Sonntagsdemonstration für ein menschliches Fremden- und Asylrecht.

Ich möchte ein Zitat des Schriftstellers Erich Kästner, dessen Bücher bekanntlich 1933 von den Nazis verbrannt wurden, an den Beginn meiner Ausführungen stellen. Er schrieb: „Wir müssen unseren Teil der Verantwortung für das, was geschieht und für das, was unterbleibt, aus der öffentlichen Hand in die eigenen Hände zurücknehmen“. Ich halte dieses Zitat für uns alle für sehr zutreffend.

Diese Bundesregierung und ihre Vertreter beschäftigen mich und die Bevölkerung nicht nur in der Gesundheitspolitik, sondern in vielen humanitären Angelegenheiten, daher ist der zivilgesellschaftliche Zusammenhalt und die Tatsache, dass immer mehr Menschen die Verantwortung für das was geschieht oder nicht geschieht in ihre „eigenen Hände“ nehmen, wichtiger denn je.

Die meisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser Demonstration sind wie ich in der Nachkriegszeit geboren und gehören daher zur ersten Generation, die immer in Frieden gelebt hat. Wir haben erlebt, wie 1961 eine Mauer gebaut wurde, wir haben aber auch mit Genugtuung erlebt, wie diese Mauer 1989 wieder abgerissen wurde. Im Moment müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein Präsident einen ganzen Staat in Geiselschaft hält um eine neue Mauer gegen Menschen errichten zu können. Wir haben erlebt, wie sich die wirtschaftliche Situation Österreichs seit 1945 kontinuierlich verbessert hat, gefördert durch die positive Entwicklung unseres Sozialstaates und die Strebsamkeit der Menschen nach Wohlstand und Freiheit.

Das ist ein Privileg, das uns auch die Verantwortung für Menschen überträgt, die wegen Krieg, politischer Verfolgung, aber auch wegen der Auswirkungen der Globalisierung in Not geraten sind und aus ihrer Heimat flüchten müssen. Die Zivilgesellschaft und die politisch Verantwortlichen nahmen diese Verantwortung in der Vergangenheit immer wahr bei Flüchtlingsströmen wie beim Volksaufstand in Ungarn 1956, beim Prager Frühling 1968, beim Zusammenbruch des Ostblocks ab 1989, bei den Balkankriegen und dem Zerfall Jugoslawiens 1991/92 sowie bei den anhaltenden Kriegen in Afghanistan, Irak und Syrien.

Während die Zivilgesellschaft beim Flüchtlingsstrom 2015 couragiert Hilfsbereitschaft zeigte, demonstrierte die europäischen Politik Hilflosigkeit. Damals wie heute waren Solidarität und Entsolidarisierung spürbar. Je besser es den Menschen geht, desto stärker macht sich die Entsolidarisierung bemerkbar. Bedauerlicherweise müssen wir dies auch in Österreich immer mehr zur Kenntnis nehmen und auch, dass sich politische Gruppen und Parteien dieser Entsolidarisierung als Mittel zum Zweck bedienen, zum Beispiel

- wenn Aussagen wie „Asylwerber sind künftig konzentriert in Grundversorgungszentren unterzubringen“ gemacht werden,
- wenn unbegleitete Minderjährige wie in Drasenhofen in einem Asylquartier hinter Stacheldraht untergebracht werden,
- wenn die neue Form der e-card mit Foto mit rassistischer fremdenfeindlicher Hetze beworben wird,

- wenn ein nur auf Symbolpolitik angelegtes Kopftuchverbot in Kindergärten verfügt wird,
- wenn BezieherInnen der Mindestsicherung als „tschetschenische Großfamilien“ denunziert werden,
- wenn Menschen ohne Arbeit als faule Langschläfer verunglimpft werden,
- wenn das Schließen von Fluchtrouten und der Bau von Mauern wieder en vogue wird,
- und wenn Hilfsorganisationen, die sich um Hilfe für Benachteiligte und Geflohene bemühen, abqualifiziert werden,

dann sollten wir uns selbst, aber auch die offizielle Politik wieder an die Verantwortung erinnern, die uns unsere privilegierte Position übertragen hat.

Der Appell der Bundesregierung, dass das Gemeinsame über das Trennende zu stellen sei, verkommt angesichts dieser Umstände zu einem Lippenbekenntnis. Dasselbe gilt notabene auch für den Ausstieg aus dem UN-Migrationspakt. Als Angehöriger der privilegierten Nachkriegsgeneration schockiert mich diese inhumane entsolidarisierte politische Haltung!

Beim Umgang mit Menschen, die ihre Heimat aus welchen Gründen auch immer, auf jeden Fall aber unter Druck verlassen haben, zeigt sich die humanitäre Grundhaltung der Gesellschaft und Politik. Wenn der Bundeskanzler die Seenotrettung von Flüchtlingen durch „Ärzte ohne Grenzen“ als Schlepperunterstützung kritisiert, obwohl unabhängige Studien dies widerlegen, findet ein politischer Angriff auf die Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit des Ärztstandes statt.

Ich bin froh, dass es in Vorarlberg ein zivilgesellschaftliches öffentliches Aufbegehren gegen die inhumane Abschiebepolitik gibt und dass sich hier auch Ärzte öffentlich engagieren. Mein besonderer Dank gilt hier Klaus Begle, dem Initiator der Sonntagsdemonstrationen. Er empörte sich auch lautstark als der Bundeskanzler in einem Bürgerdialog zur Zukunft der EU den Vorarlberger Landtag ohne Dialog verlassen wollte und rang ihm ein Statement zu den aktuellen Abschiebungen in Vorarlberg ab. Der Kanzler sah die Verantwortung bei den Asylrichtern und nicht bei der Politik. Er erteilte dem Wunsch nach einer Mitsprache des Landes Vorarlberg beim humanitären Bleiberecht eine Absage und verwies darauf, dass die Asylgesetze vor seiner Kanzlerschaft beschlossen wurden.

Basis für ein gedeihliches Zusammenleben ist Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft sowie Vertrauen. Vertrauen ist auch die wesentliche Basis für die Arzt-Patientenbeziehung.

Für die Ärzteschaft und die im Bereich der Medizin Tätigen jeglicher Nationalität ist es wichtig, sowohl die Gemeinsamkeiten wie die Verschiedenartigkeit ihrer Patientinnen und Patienten zu erleben und zu respektieren. In den Wartezimmern und den Krankenhäusern tauchen auch kritische Fragen zum konkreten Miteinanderleben auf. Manche fordern eine volle Teilhabe der Migrantinnen und Migranten sowie mehr Multikulturalität. Andere beharren auf einer stärkeren Integration, Assimilation und Akzeptanz unserer Traditionen, da sie sich fallweise ähnlich fremd in der eigenen Stadt fühlen wie die Zugewanderten. Die Notwendigkeit, Vorurteile abzubauen, wird von vielen zwar gesehen, doch den ersten Schritt soll die jeweils andere Seite tun. Ich wünsche mir mehr Aktion statt Reaktion, mehr Interesse statt Abgrenzung, mehr Offenheit und kritischen Dialog statt Verschlossenheit und schweigsamer Aggressivität

und bei humanitären Aktivitäten darf es auch keine neutrale Haltung geben, auch nicht gegenüber den Sonntagsdemonstrationen.

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat der jüdischen Journalistin Anetta Kahane schließen:

„Sich dem Thema Flucht zu stellen bedeutet, der simplen Wahrheit Rechnung zu tragen, nicht allein zu sein auf diesem Planeten – ganz besonders wenn man das Glück hat, in Frieden und Wohlstand zu leben“.